

**Protokoll der
97. Sitzung des
Landesbeirats für Immissionsschutz
am 11. Oktober 2019
in Düsseldorf**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Eröffnung durch Herrn Staatssekretär Dr. Bottermann, Tagesordnung der 97. Sitzung und Protokoll der 96. Sitzung

Herr Staatssekretär Dr. Bottermann eröffnet die Sitzung und heißt die Mitglieder des Landesbeirats für Immissionsschutz herzlich willkommen. Er begrüßt Frau Dr. Fiebig, die erstmals als neue Abteilungsleiterin der Abteilung V an der Sitzung des Landesbeirats teilnimmt.

Nach kurzer Aussprache wird die Tagesordnung der 97. Sitzung gebilligt. Zu einer Frage von **Frau Baitinger** nach der zugesagten Übermittlung der Anzahl ausgewiesener „ruhiger Gebiete“ in Nordrhein-Westfalen (Seite 4 des Protokolls der 96. Sitzung des Landesbeirats) verweist **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** auf die Information im Protokoll und sagt eine ergänzende Prüfung zu.¹

Das Protokoll der 96. Sitzung wird auf der Homepage des Umweltministeriums bei www.umwelt.nrw.de eingestellt und den Mitgliedsorganisationen und –verbänden zugeleitet.

TOP 2 Allgemeine Information über Aktuelles auf dem Gebiet des Immissionsschutzes

In ihrem Bericht stellt **Frau Dr. Fiebig** folgende aktuelle Themen vor:

a) Informationen zur 44. BImSchV

Mit der Umsetzung der Richtlinie über mittelgroße Feuerungsanlagen der EU (MCP-Richtlinie) durch die am 20.06.2019 in Kraft getretenen 44. BImSchV ergeben sich neue Anforderungen an Feuerungsanlagen, Gasturbinen und Verbrennungsmotoranlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von mindestens 1 MW und weniger als 50 MW.

¹ Die inzwischen erfolgte Überprüfung ergab, dass die vom MULNV zugesagten Informationen zur Anzahl „ruhiger Gebiete“ mit den Angaben in der Klammer auf Seite 4 des Protokolls der 96. Sitzung übermittelt wurden.

Neben einer Anzeigepflicht für die Betreiber sowie der Pflicht zur Veröffentlichung eines Anlagenregisters durch die Behörden enthält die Verordnung im Vergleich zu der bisher geltenden TA Luft zum Teil strengere Grenzwerte für die Emissionen von Staub, Stickstoffoxiden, Schwefeloxiden und Formaldehyd aufgrund des fortgeschrittenen Standes der Emissionsminderungstechnik. Für Neuanlagen gilt dies sofort und für bestehende Anlagen i.d.R. nach 5 Jahren. Zur Einhaltung der Grenzwerte müssen die Anlagen i.d.R. mit Katalysatortechnik ausgerüstet werden. Darüber hinaus gelten nach Anlagenarten, Anlagengrößen und Brennstoffarten gestufte z.T. weitergehende Messvorschriften als bisher.

Für NRW ist vorgesehen, die Anzeigen elektronisch zu bearbeiten: Auf der Internetseite des LANUV steht dazu ein Formular zum Download bereit, das durch die Betreiber ausgefüllt wird und den für die Betriebe zuständigen Immissionsschutzbehörden per Mail zugeleitet wird. Die Behörden prüfen die Anzeigen und leiten sie ans LANUV zur Aufnahme in ein zentrales NRW-Register weiter. Das LANUV veröffentlicht das Register auf seiner Internetseite (<https://www.lanuv.nrw.de/umwelt/luft/emissionen/anzeige-/registrierungspflichten-nach-44-bimschv>). Die Anzeige- und Registerpflicht besteht zunächst für Neuanlagen; für bestehende Anlagen gibt es Übergangsfristen (2023).

Ein Runderlass des MULNV, der das Anzeigeverfahren regelt, wird in Kürze im Ministerialblatt NRW veröffentlicht.²

b) Gemeinsame AG BMK/UMK zu Zielkonflikten zwischen Innenentwicklung und Immissionsschutz (Lärm und Gerüche)

Auf Anregung der Bauministerkonferenz hat die Umweltministerkonferenz in ihrer 92. Sitzung am 10. Mai 2019 in Hamburg die „Einrichtung einer gemeinsamen AG von BMK und UMK zu Zielkonflikten zwischen Innenentwicklung und Immissionsschutz (Lärm und Geruch)“ beschlossen. Die AG soll prüfen, ob und welche Hindernisse einer nachhaltigen wohnungs- und städtebaulichen Entwicklung durch Umweltstandards in der TA Lärm – insbesondere nach Einführung der Geräuschemissionsrichtwerte für Urbane Gebiete – und in der Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) entgegen stehen und Vorschläge entwickeln, auf welche Weise eine wohnungs- und städtebauliche Entwicklung ohne Absenkung von Umweltstandards möglich ist.

Die UMK hat die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) gebeten, diese Arbeitsgruppe unter Mitwirkung des BMU und unter Einbeziehung des BMI sowie der Bauressorts der Länder zu leiten. Federführung dieser AG hat SH. NRW ist in der AG durch **Frau Dr. Stöcker-Meier** vertreten. Die erste Sitzung findet am 15. Oktober 2019 statt.

Mit der Initiierung der Dialogreihe „Zielkonflikte in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes“ im Rahmen unseres Masterplans Umwelt und Gesundheit ist Nordrhein-Westfalen zusätzlich aktiv geworden. Näheres dazu wird unter TOP 6 berichtet.

² Der Erlass wurde inzwischen im Ministerialblatt (MBL NRW) Ausgabe 2019 Nr. 22 vom 29.10.2019 veröffentlicht.

Herr Welge spricht einen Dank an **Frau Sahl, Herrn Stürmer** und **Frau Dr. Fiebig** zur genannten Dialogreihe aus, die er als sehr hilfreich bewertet. Er berichtet, dass die Bausteine des als Kompromiss geschaffene „Urbane Gebiet“ bereits wieder in Frage stelle. NRW und der Städtetag sollten hier gemeinsam Flagge zeigen. Es kämen allenfalls behutsame Änderungen nach kritischer genauer Betrachtung in Frage. **Frau Baitinger** und **Frau Horster** sprechen die Sorge aus, dass immer mehr Flächen genutzt würden und es eine maximale Obergrenze für die Besiedlung geben solle. **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** verweist auf intensive Gespräch mit dem Bauministerium und gibt zu bedenken, dass Neubauten regelmäßig energetisch wesentlich besser ausgerüstet seien. Zudem könne im Rahmen der Kreislaufwirtschaft auch Recyclingbaustoffe eingesetzt werden. Auch **Herr Dr. Queitsch** äußert Dank für das Aufgreifen der Thematik. Baubedarf und Umwelt dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sollten zu intelligenten Lösungen führen. Als Beispiel für eine Minderung des Flächenverbrauchs nennt er die Aufstockung von bestehenden Wohnhäusern in Frankfurt a.M..

c) 3. Hardwarenachrüstung

Nachdem sich Nordrhein-Westfalen in der Umweltministerkonferenz und im Bundesrat zusammen mit den anderen Bundesländern eindeutig für die Ermöglichung von Hardware-Nachrüstungen zur NOx-Emissionsminderung von Dieselfahrzeugen aller Art eingesetzt hat, hat der Bund ab 2018 damit begonnen sukzessive verschiedene Förderrichtlinien zu erlassen.

Ende 2018 wurden endlich auch die „Technischen Anforderungen an Stickoxid (NOx)-Minderungssysteme mit erhöhter Minderungsleistung für die Nachrüstung an Pkw und Pkw-ähnlichen Fahrzeugen“ veröffentlicht, die grundlegende Voraussetzung für eine Bereitstellung von Minderungssystemen für PKW und INfz durch die Nachrüthersteller waren.

Das Kraftfahrt-Bundesamt erteilte ersten Systemen im August 2019 eine Allgemeine Betriebserlaubnis, welche laut Nachrütherstellern ab November 2019 lieferbar sein sollen. Weitere Details dazu werden unter TOP 4 berichtet.

d) weiteres

Aktuell sind weiterhin die Novellierung der TA Luft und der 13. BImSchV anhängig. Der Entwurf für die TA Luft aus dem vergangenen Jahr wurde inzwischen auf Bundesebene fortgeschrieben. Ein neuer Diskussionsstand wird demnächst zur Beteiligung der Bundesländer erwartet. Auch für die Fortschreibung der 13. BImSchV werden neue Entwürfe erwartet.

TOP 3 „Antibiotika und Resistenzen in der Umwelt“

Herr Dr. Sydlik knüpft an seinen Vortrag anlässlich der 96. Sitzung des Landesbeirates Immissionsschutz an. Die Präsentation geht schwerpunktmäßig auf Antibiotikaresistenzen in Gewässern und den Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen hierzu ein. (Vortrag Anlage 2)

Frau Baitinger erkundigt sich nach der Belastung von Abwässern im Umfeld großer Schlachthöfe. **Frau Dr. Vietoris** teilt mit, dass die derzeitigen Untersuchungen auch die Abwässer im Umfeld von Schlachthöfen einbeziehen. **Herr Dr. Queitsch** und **Herr Welge** bitten darum, die kommunalen Spitzenverbände in die Aktivitäten im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduktion von Antibiotikaresistenten Bakterien mit einzubeziehen. Als Träger von Abwasserbehandlungsanlagen seien sie auch über die mögliche Verpflichtung zur Einrichtung einer 4. Reinigungsstufe betroffen. **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** weist darauf hin, dass von der 4. Reinigungsstufe zwar eine Reduktion, aber keine vollständige Elimination von multiresistenten Keimen zu erwarten sei. Deshalb stünden die Entstehungsorte der Belastung im Mittelpunkt der aktuellen Aktivitäten. Die Bitte um Mitwirkung wird aufgenommen. **Herr Dr. Queitsch** bestätigt die Notwendigkeit von zielgerichteten Investitionen in vernünftige Technik.

TOP 4 „Stand der Luftreinhaltung in NRW“

Das Thema ist bereits mehrfach in Sitzungen des Landesbeirats vorgestellt und erörtert worden. Über den aktuellen Stand berichten **Herr Dr. Ehlers** und **Herr Friedrich** in ihrem Vortrag (Anlage 3).

Entwicklung der Luftqualität

Der seit 2009/2010 zu beobachtende Trend abnehmender Stickstoffdioxid-Belastung setzte sich im Jahr 2018 fort. Überschreitungen des Jahresgrenzwertes treten nur an verkehrsnahen Messstellen auf, die Zahl der Messstellen mit Grenzwert-Überschreitungen reduzierte sich von 49 im Jahr 2017 auf 45 im Jahr 2018.

Nach vier Jahren der Einhaltung aller Grenzwerte für Feinstaub PM₁₀ und PM_{2,5} sowie der Grenz- und Zielwerte der überwachten metallischen Inhaltsstoffe im PM₁₀ wurde im Jahr 2018 eine Überschreitung des PM₁₀-Tagesmittelgrenzwertes sowie eine Überschreitung des Zielwertes für Benzo[a]pyren im Feinstaub ermittelt

Verfahrensstand der Fortschreibung der beklagten Luftreinhaltepläne (LRP) in NRW

Die Fortschreibungen der LRP Düsseldorf, Aachen, Bonn und Köln sind abgeschlossen, die Luftreinhaltepläne sind in Kraft gesetzt.

Die Fortschreibungen der LRP Essen, Gelsenkirchen, Bielefeld und Paderborn sind bis Jahresende 2019 zu erwarten. Vor der Veröffentlichung werden noch die Sondierungsgespräche mit der DUH Ende Oktober abgewartet.

Noch nicht konkret absehbar ist der Abschluss der Fortschreibungen Bochum, Dortmund, Hagen, Oberhausen und Wuppertal. Das Problem liegt darin, dass die erforderlichen Prognosen aus Kapazitätsgründen nicht zeitnah erstellt werden können. Es ist jedoch beabsichtigt, die derzeit angedachten immissionsmindernden Maßnahmen unabhängig von der Planfortschreibung und so schnell wie möglich umzusetzen. Die Fortschreibung des LRP Düren ist nicht vorgesehen.

Klageverfahren NRW

Derzeit sind keine weiteren Gerichtstermine festgelegt. Das OVG hat angekündigt, weitere Termine nicht vor November bekannt zu geben. Die aktuell vorliegenden Urteile des OVG Münster zu den Luftreinhalteplänen Aachen und Köln treffen folgende wesentliche und allgemeine Aussagen:

Die LRP müssen überarbeitet werden, es müssen neue Prognosen erstellt werden. Bei Überschreitung der Grenzwerte müssen Fahrverbote geprüft und angeordnet werden. Fahrverbote können im Einzelfall unverhältnismäßig sein, wenn nur eine geringfügige Überschreitung des Grenzwertes vorliegt und der Grenzwert voraussichtlich kurzfristig eingehalten wird. Dies ist im Einzelfall zu begründen. Eine geringfügige Überschreitung liegt in aller Regel dann nicht vor, wenn der Wert um mehr als 10 % überschritten wird. Die LRP müssen für den Fall Maßnahmen einer zweiten Stufe vorsehen, dass die prognostizierte Einhaltung des Grenzwertes oder die nur geringfügige Überschreitung nicht eintritt. Hier kommen insbesondere auch Fahrverbote in Betracht. Soweit möglich, müssen diese Maßnahmen verbindlich sein. Die gesetzliche Neuregelung, nach der Fahrverbote in der Regel unverhältnismäßig sind, wenn 50 µg/m³ eingehalten wurde, ist europarechtswidrig und unbeachtlich.

Gegen das Urteil zum LRP Aachen wurde – zunächst fristwahrend – Revision eingelegt. Über eine Revision zum Urteil Köln ist noch nicht entschieden.

Für die Unterstützung bei der Luftreinhalteplanung dankt **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** den Kollegen und Kolleginnen des LANUV.

In der anschließenden Diskussion erkundigt sich **Herr Welge** nach einer Einschätzung der Erfolgsaussichten von Gesprächsverhandlungen mit der DUH, wie sie vom OVG empfohlen wurden. Eine Prognose dazu kann von **Herrn Friedrich** nicht gestellt werden, da entsprechende Gespräche noch nicht geführt wurden. **Frau Notthoff** erläutert in einem kurzen Dialog mit **Herrn Dr.-Ing. Hirsch** den generellen Unterschied im Umgang mit Grenzwerten in Bezug auf gutachterliche Prognosen für einzuhaltende Grenzwerte einerseits und in Bezug auf Planwerte aus der Luftreinhalteplanung und den dazu ermittelten Messwerten andererseits. Bei letzteren wird, auch aus rechtlichen Gründen, nicht mit Zu- und Abschlägen gerechnet. **Frau Horster** merkt an, dass es doch vorteilhafter sei, flächenbezogene Fahrverbote auszusprechen. **Herr Friedrich** erläutert die geltende Rechtslage, nach der Dieselfahrverbote aus Gründen der Luftreinhaltung eigentlich nicht zulässig sind, sie könnten aus europarechtlichen Gründen nur in dem Umfang ausgesprochen werden, wo dies zwingend erforderlich ist.

Den aktuellen Sachstand zu den Hardware-Nachrüstungen stellt **Frau Dr. Wappenschmidt** in der anschließenden Präsentation (Vortrag Anlage 4) dar. Das Land NRW strebt die Erhöhung der Förderung der Nachrüstung für gewerbliche leichte und schwere Handwerker- und Lieferfahrzeuge um zusätzliche 15 % aus Landesmitteln auf insgesamt 95% an. Im Dezember diesen Jahres lädt der Verband des Kfz-Gewerbes NRW die Kfz-Betriebe, die ihren Kunden eine fachgerechte Umrüstung ihrer Fahrzeuge anbieten wollen, zu einer Informationsveranstaltung ein. Dabei sollen Fragen rund um die Diesel-

Hardware-Nachrüstung beantwortet und umgerüstete Euro-5-Dieselfahrzeuge vorgestellt werden. Frau Ministerin Heinen-Esser wird an der Veranstaltung mit einem Grußwort teilnehmen.

Herr Staatssekretär Dr. Bottermann appelliert, die neuen Fördermöglichkeiten positiv zu begleiten, um die Nutzung der Fördermöglichkeiten für Kommunen und Gewerbe sicherzustellen. **Herr Welge** sagt dies zu. **Herr Riemann** erkundigt sich nach der Markverfügbarkeit der neuen Technik. Nach den vorliegenden Informationen geht **Frau Dr. Wappenschmidt** davon aus, dass die angekündigten Termine eingehalten werden. **Herr Dr. Queitsch** fragt nach den Kosten und Risiken für Halter in Bezug auf die Umrüstung von privaten Kraftfahrzeugen. **Frau Dr. Wappenschmidt** bestätigt den Kostenrahmen von ca. 3000 € für die Umrüstung von privaten Kraftfahrzeugen. Eine Förderung werde bislang nur von VW und Daimler und auch nur in einzelnen Regionen angeboten. Da es sich um ältere Kraftfahrzeuge handle sei die Gewährleistung in der Regel bereits ausgelaufen, die Gewährleistung für die Nachrüstung ist in der Verantwortung des Nachrüstenden. **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** betont die Notwendigkeit von sachlicher Aufklärung.

TOP 5 „Optimierung von Genehmigungsverfahren“

Herr Stürmer gibt einen Überblick über den Arbeitsprozess Optimierung von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Dabei geht er auch auf die Investitionsgespräche ein. (Vortrag Anlage 5). Daran anschließend erläutert Frau Heesen die Tätigkeiten der Redaktionsgruppe im MUNLV zur Erstellung eines Genehmigungsleitfadens. (Vortrag Anlage 6)

Zu Beginn der Diskussion bittet **Frau Baitinger** die Umweltverbände zu beteiligen. **Frau Horster** äußert die Sorge, dass die Beschleunigung des Verfahrens eventuell die Entscheidung über die Notwendigkeit eines UVP-Verfahrens negativ beeinflussen könne. **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** betont ausdrücklich, dass die Optimierung des Verfahrens nicht auf die Senkung von Umweltstandards hinzielt. Neue Anlagen erfüllten die Anforderungen des Umweltschutzes in der Regel besser als Bestandsanlagen. **Herr Dr. Becker** bittet bei der Planung von Digitalisierungsvorhaben zu berücksichtigen, dass auch kleine Betriebe unter die 4. BImSchV fallen. Diese müssten weiterhin in der Lage sein, das Genehmigungsverfahren selbstständig führen zu können. Er empfiehlt, vor der Einführung digitaler Verfahren diese auch mit kleinen Betrieben zu testen und Informationsveranstaltungen anzubieten. Er sagt dazu auch die Unterstützung der Handwerkskammer zu. **Herr Stürmer** dankt für die Anregung, ergänzt aber, dass die Digitalisierung von Fachverfahren noch in den Anfängen stehe. **Frau Heesen** beantwortet die Frage von **Herrn Berrisch** zur Vertretung der Wirtschaft in der Redaktionsgruppe mit dem Hinweis auf unternehmer nrw und den VCI. **Herr Dr.-Ing. Hirsch** verweist auf Erfahrungen mit Problemen bei der elektronischen Übermittlung von Gutachten als große Dateien. Diese Probleme gab es in der Vergangenheit, sie sind aber laut **Frau Dr. Küster** durch die Weiterentwicklung der technischen Kommunikationsmöglichkeiten handhabbar.

Frau Baitinger wünscht auch die elektronische Übermittlung von Daten als Antwort auf UIG-Anfragen.

TOP 6 „Dialogreihe Zielkonflikte in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes“

Unter Federführung des Umweltministeriums wird in Kooperation mit dem Städtetag NRW eine Dialogreihe zu Zielkonflikten in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes durchgeführt. Insbesondere in innerstädtischen Gebieten rücken die verschiedenen Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit immer näher aneinander heran. Ziel der Dialogreihe ist es, Problemlagen zu identifizieren, Handlungsbedarf zu formulieren und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Zielgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter von Kommunalverwaltungen und -politik aus den verschiedenen Fachbereichen sowie weitere relevante Akteure und Entscheidungsträger/-innen. **Frau Sahl** dankt in ihrem Vortrag (Anlage 7) auch **Herrn Welge** für die Unterstützung durch den Städtetag und weist darauf hin, dass eine Beteiligung an den kommenden Workshops noch möglich ist. Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 7 „Novellierung der TA Luft / aktueller Stand“

Herr Neuhaus berichtet über den derzeitigen Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Novellierung der TA Luft. (Vortrag Anlage 8). Nordrhein-Westfalen hat die Diskussion mit der Durchführung von zwei Planspielen (mit der Industrie und mit der Landwirtschaft) bereichert, die die Auswirkungen der geplanten Änderungen verdeutlicht haben.

Herr Dr. Krämer fragt nach, ob es Rückmeldungen zu den Planspielen von der Bundesverwaltung gebe und nach vergleichbaren Aktivitäten in anderen Bundesländern. Über Planspiele oder ähnliche Aktivitäten in anderen Bundesländern ist laut **Herrn Neuhaus** nichts bekannt. Die Diskussion mit den Bundesministerien werde zudem noch fortgeführt. Wieviel tatsächlich in die TA Luft übernommen werde, zeige sich, wenn das Ergebnis der Ressortabstimmung vorläge. **Herr Kamp** erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen. **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** verweist auf die Erprobung der Auswirkungen für reale Ställe. **Herr Neuhaus** erwähnt die ergänzende Unterstützung durch UMK-Anträge. Auch **Herr Dr. Roth** lobt die Planspiele als vorbildlich.

TOP 8 „Verschiedenes“

Herr Dr. Roth informiert über einen Kompromissvorschlag für die im Gesetzgebungsverfahren befindliche Ersatzbaustoffverordnung, der die Schlacke ausklammere. Da Schlacke aber ein maßgeblicher Strom sei, werde dieser Vorschlag von unternehmer nrw nicht mitgetragen.

Herr Dr-Ing. Hirsch teilt mit, dass der Normenausschuss sich entschlossen habe, eine VDI-Richtlinie zum Lärm von Windkraftanlagen zu erarbeiten.

Herr Dr. Becker wird wegen einer Frage zur Zuständigkeit für die „Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen“ (NiSV) an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) verwiesen.

Auch für die Untersuchungen zu Missbildungen bei Neugeborenen, nach denen sich **Frau Horster** erkundigt, ist das MAGS zuständig.

Die von **Frau Horster** ebenfalls angefragten Ergebnisse der unter Beteiligung des MULNV durchgeführten HBM – Untersuchungsreihen sind auf der Homepage des LANUV veröffentlicht.

Mit einem Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die konstruktive Diskussion schließt **Herr Staatssekretär Dr. Bottermann** die Sitzung.